



Wenn die Wohnung im Winter kalt bleibt

Fehlt das Geld für die Energiekosten, bleibt die Heizung aus und das Wasser kalt. Nun wurde erhoben, welche Rolle bei dieser Energiearmut die Gebäudequalität spielt und wie das Einbinden der Mieter helfen könnte.

Franziska Zoidl

Wien – In manchen österreichischen Wohnungen ist es im Winter ungemütlich: 268.000 Menschen sind laut einer Erhebung aus dem Jahr 2014 von Energiearmut betroffen. Drei Prozent der Bevölkerung also, die sich die Energiekosten ihrer Wohnung nicht leisten können. Das bedeutet nicht nur, dass sie nicht heizen können, sondern auch, dass es keinen Strom und kein warmes Wasser gibt.

„Betroffene müssen sich häufig entscheiden, ob sie lieber warm duschen wollen oder ein bisschen heizen“, sagt Theresia Vogel, Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds. In Österreich werde das Thema Energiearmut erst seit 2010 zunehmend thematisiert. Eine einheitliche Definition davon fehle aber, erzählt Vogel: Zu vielfältig seien die Ursachen, zu inhomogen die Gruppe der darunter leidenden Menschen.

Für Betroffene gebe es derzeit hauptsächlich kurzfristige Maßnahmen wie Heizkostenzuschüsse. „Damit wird aber nicht die Ursache bekämpft“, betont Vogel,



Foto: Stockphoto

Wenn es draußen kalt ist, dann wird es auch in so mancher Wohnung ungemütlich, deren Bewohner sich das Heizen nicht leisten können. Ein Grund liegt oft im schlechten thermischen Zustand des Gebäudes.

Oftmals liege der Grund für nicht bezahlbare Energiekosten nicht nur in einem geringen Einkommen, sondern auch im schlechten Zustand des Wohnhauses.

Damit, wie eine thermische Sanierung in Wohnhäusern mit einer großen Anzahl an energiearmen Haushalten funktionieren könnte, hat sich nun das Projekt „RedEn!“ auseinandergesetzt. Es wurde vom Klima- und Energiefonds gefördert und von der e7 Energie Markt Analyse GmbH in Kooperation mit der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksae) und der Donau-Universität Krems durchgeführt.

„Der spezielle Ansatz bei diesem Projekt war, die Bewohner zu

beteiligen“, erklärt Margit Appel von der ksae. Dafür wurden im Kretaviertel in Wien-Favoriten sowie in Krens und Korneuburg Häuser ausgewählt, deren Bewohner befragt und Versammlungen für die Mieter organisiert, um sie über Sanierungsmaßnahmen zu informieren.

„Das hat unterschiedlich gut funktioniert“, gibt Appel zu. Sie glaubt, dass die Teilnahme an den Veranstaltungen deshalb extrem gering ausgefallen ist, weil sich die Mieter nicht als gemeinsame Gruppe fühlen: Alteingesessene würden in den betroffenen Häusern neben jungen Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen, Migranten, chronisch Kranken, Be-

sachswalteten und teilweise auch Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis leben.

Die Experten stießen auf Wohnungen mit undichten Fenstern und Türen, auf Wohnungen ohne Zentralheizungen oder ohne jegliche Heizsysteme. „Solche Haushalte stehen dann vor der Wahl, mit horrenden Stromkosten oder nur in sehr begrenztem Umfang zu heizen“, erklärt Walter Hüttler, Geschäftsführer der e7 Energie Markt Analyse GmbH.

Eine Schlussfolgerung der Studienautoren: Eine umfassende thermische Sanierung ist mit der aktuellen Fördersituation in betroffenen Häusern nicht möglich, ohne dass sich diese Investition

auf die Mieten auswirkt. „Die verlockende Überlegung, dass eine umfassende thermische Gebäudesanierung auch die Probleme für einkommensschwache Haushalte löst, funktioniert leider nicht“, sagt Hüttler.

Herausforderung der Zukunft

Er spricht von einer regelrechten „Abwärtsspirale“ in Wohnprojekten mit niedrigen Mieten und geringen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen. „Genau das führt dazu, dass keine Mittel da sind, um ein Gebäude im angemessenen Zustand zu erhalten“, sagt der Experte. So werde die Energiearmut weiter verstärkt.

Einen möglichen Lösungsansatz sehen die Experten in einer angemessenen Durchmischung in Wohnhäusern und „zweckgebundenen Wohnungen“ zu günstigen Mieten. Auch die Integration sozialer Aspekte in die Vergabe von Sanierungsförderungen wird empfohlen sowie ein erweitertes herkunfts- und gendersensibles Beratungsangebot für Betroffene und Hausverwaltungen. Das Empowerment und die bessere Vernetzung aller Akteure seien ein Gewinn für alle Beteiligten, ist Vogel überzeugt.

„Die Problematik wird in den nächsten Jahren sicher nicht kleiner werden“, meint die Expertin angesichts steigender Wohnkosten in den Ballungsräumen. Und nicht nur die Winter, auch die heißer werdenden Sommer könnten zur Herausforderung für einkommensschwache werden, meint Appel. Denn auch den Strom für das Klimagerät muss man sich erst einmal leisten können.